

## Antrag

der Abgeordneten **Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Landbauer, Gabmann, Dr. Machacek** und **Dr. Von Gimborn**

betreffend: **Förderung von Selbstverteidigungskursen für Frauen und Kinder im Pflichtschulalter**

Übergriffe von männlichen Asylwerbern beherrschen tagtäglich die Medien, viele Frauen und Mädchen trauen sich ohne Begleitung in den Abendstunden nicht mehr auf die Straße. Kein Wunder: So wurden etwa drei Schülerinnen in Salzburg monatelang von jugendlichen Migranten sexuell belästigt, geschlagen und beschimpft, in Stockerau musste die Polizei kürzlich bei einer Eis-Disco eingreifen. Auch in den öffentlichen Bädern und Lokalen werden die Sex-Übergriffe durch Asylwerber immer mehr. Der wohl schlimmste Fall ist der jenes zehnjährigen Bubens, der kürzlich von einem Iraker in einem Wiener Hallenbad brutal vergewaltigt wurde.

Eine Entschärfung dieser Situation ist weit und breit nicht in Sicht. Umso wichtiger scheint es, im Zuge einer nachhaltigen Kriminalprävention unsere Frauen und Kinder vor diesen Übergriffen besser zu schützen. Selbstverteidigungskurse dienen dazu, Gefahrensituationen frühzeitig zu erkennen und die Fähigkeit zur Vermeidung und Abwehr von Angriffen zu erlernen. Kriminalstatistiken besagen, dass heftige Gegenwehr in bis zu 84 Prozent aller Fälle den Angreifer dazu veranlasst, von seinem Vorhaben abzulassen. Schon leichte Gegenwehr hilft, 64 Prozent der Attacken abzuwehren.

Die Antragsteller fordern daher eine Förderung von Selbstverteidigungskursen durch das Land NÖ für Frauen jeder Altersgruppe und Kinder im Pflichtschulalter. Alle niederösterreichischen Frauen und Kinder sollen künftig die Chance haben, sich erfolgreich gegen Übergriffe zur Wehr zu setzen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für umfangreiche Fördermaßnahmen bei Selbstverteidigungskursen aus.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, entsprechende Förderrichtlinien auszuarbeiten und umzusetzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zuzuweisen.